

Wossifische Zeitung



Verlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3666-3698, Telegramme: mm-Zelle 35, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Familien-Teil): Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: mm-Zelle 32 Pfennig, Handelt-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwerter 15 Pf.] Nr 601

FREITAG, 16. DEZEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Schleichers große Programmrede

Die Ansprache des Kanzlers durch den Rundfunk

Was sonst im Reichstag sich vollzog: die Abgabe der Regierungserklärung eines neuen Kabinetts, wurde gestern durch das Medium des Mikrophons junger gemacht. Die gestrige Rundfunk-Ansprache des Reichskanzlers von Schleicher ist daher etwas anderes als manche frühere Kanzlerrede im Saal. Sie ist nicht Rechenstiftsbericht, und sie ist nicht Appell und Aufruf an Volksmassen, obwohl sie von beidem etwas enthält: sie ist die Programmklärung des Reichskabinetts.

Eine Stunde Schleicher

Reichskanzler von Schleicher hat die Programmklärung, die er gestern zwischen 7 und 8 Uhr abends in seinem Arbeitszimmer vor dem Mikrophon des Rundfunks verlas, nach einer Durchsicht durch den nationalsozialistischen Generals Stämma mit einem lauten Kompliment begonnen, und er hat sie mit einem leisen Bemerkung geschlossen. Das Kompliment war seinem Vorgänger im Amt, Herrn von Papen, gewidmet, den er einen Ritter ohne Furcht und Tadel nannte.

Auch ohne Tadel — für andere? Die erste Regierungserklärung, die das Kabinett Papen vor wenig mehr als einem halben Jahr herausgab, war eine einzige, durch ihre Heftigkeit doppelt ungewöhnlich wertende Philippika gegen die vorzugsweise Regierung. An dieser Stelle wurde damals gesagt, der innerpolitische Zeit sei von Zugenberg abgelehnt. Die Weisungsdiktanden ausgenommen, wurde so ziemlich alles vor den Kopf geschoben. Herr von Schleicher nimmt nicht nur die höfliche Tradition auf, von seinem Vorgänger in Liebenswürdigkeit zu sprechen, er legt es auch darauf an, niemanden vor den Kopf zu stoßen, vielmehr ist einmal die Deutschlandarbeit, denen er weil sie sogar jede Zusammenarbeit mit einem Parlament ablehnen und

die Regierung in einen Konflikt hineintreiben wollen, entgegenhält, daß Wille und Mut allein zum Regieren nicht genügen, daß auch Verständnis für das Empfinden des Volkes und das Erkennen des psychologischen Momentes dazu gehören. Papen hat, indem er sich auf die Reichswehr als ultima ratio stützte, den Verzicht gemacht, gegen 90 Prozent der Bevölkerung zu regieren. Schleicher, der den Einhalt der Reichswehr vermeiden möchte, weiß, daß er das Reichsamt nicht einfach umzusetzen vermag. Aber er will die bisherige breite Front der Regierungsgegner dadurch attenshaftig machen und schließlich auflösen, daß er ihr möglichst kleine Angriffsflächen bietet.

Was Schleicher uns präsentiert, ist das Wirtschaftsprogramm des Kabinetts Papen, das man billigen konnte, aber er präsentiert es ohne die politischen und sozialen Verhältnisse, die man abwehren mußte. Was sich in dem Umscheiden des früheren Reichsinnenministers freieren, u. a. und des früheren Reichsarbeitsministers Schäfer ankündigte, das wurde geteilt in der Rundfunkrede ausgesprochen. Das schlaue Wort von dem Wohlstandslauf, das in der ersten Regierungserklärung Papens enthalten war, ist leicht durch das Erkenntnis zu man sozialen Gedanken. Und was in den letzten Monaten den wichtigsten Inhalt des Regimes Papen ausgemacht hat, die Pläne zur Verfassungsänderung, wird als etwas abgetan, was jetzt am allerwenigsten

interessiert. Geblieben ist aus der Erbschaft der vorigen Regierung außer dem Wirtschaftsprogramm nur noch die Verordnung über den Reichsfinanzminister für Preußen, die auch das Kabinett Schleicher — wem niemand zweifeln konnte — aufrechterhalten will. Es ist grade nach dem jüngsten wenn auch gestrichelten Verzicht der Nationalsozialisten, die preußische Exekutive in ihre Hände zu bekommen, von Bedeutung, daß Reichskanzler von Schleicher nur auf längere Zeit die „Sechshenrage“ als vorhanden ansieht, die nach der Meinung der Regierung die Einsetzung eines Reichsfinanzministers in Preußen notwendig gemacht hat. Mit nicht mißgünstiger, sondern deutlich hat der Kanzler gestern wiederholt, daß eine Aufhebung des Reichsfinanzministers nur in Frage kommen könnte, wenn andere ausreichende Garantien für eine übereinstimmende politische Führung im Reich und in Preußen geschaffen würden. Mit der weitgehenden sozialpolitischen Ermächtigung werden auch die wichtigsten politischen Ausnahmeverordnungen aufgehoben, allerdings mit der gleichzeitigen Verfindung, daß eine noch weitergehende Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes „festig im Grundgesetz“ liegt für den Fall, daß die freudigere inneren Ursachen wieder angefaßt werden sollten.

„Arbeit schaffen“!

Andem das Kabinett Schleicher eine der unpopulärsten Verfügungen des Kabinetts Papen nach der anderen vor sich wirft, bietet es den Geschloffen der Gegner zweifellos ein erhebliches kleineres Ziel. Der politische Charakter feiner Regierungsprogramm besteht darin, seinen zu zeigen. Re ist ein Programm knapper formuliert worden: „Arbeit schaffen!“ Wie es geschaffen werden soll, ist im einzelnen trotz der einschlägigen Dauer des Vortrags nicht dargestellt worden. Darüber wird man nicht rechten, da die Vollkommen des neuen Reichsfinanzministers für Arbeitsbeschaffung eben erst festgelegt werden sind. Grundständig wurde angekündigt, daß Luxusverwendungen ausbleiben, daß in erster Linie auf die Instandhaltung der vorhandenen Produktionsgüter Bedacht genommen werden soll, und daß die Vergebung der Arbeiten an Unternehmer der Ausführung in eigener Regie vorzuziehen ist. Vernehmlich ist die Forderung, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung auf ein geringes Maß erfolgen soll, der eine Lasten ausschließt. In erster Verbindung mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm soll ein Zielungsplan in Angriff genommen werden, der in Ostpreußen, der Grenzmark, in Fomern und in beiden Weidenburg und 1,3 Millionen Morgen ins Auge faßt, und für dessen Durchführung zunächst 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Die Freistellung wird von Interesse sein, inwieweit sich der neue Zielungsplan seinem Inhalt nach, aber wie weit er sich von jenem unterscheidet, den das Kabinett Brüning entworfen hatte, und der dann als föhliche Waffe gegen den Urheber benutzt worden ist.

Breiter Raum ist in der Regierungserklärung der Landwirtschaft gewidmet. Hier wird die Fortsetzung der vom Kabinett Papen eingeleiteten Maßnahmen angekündigt. Die Landwirtschaft, wenn die handelspolitischen Schwierigkeiten fortfallen, von der Zollautonomie im Interesse der Landwirtschaft in dem erforderlichen Ausmaße Gebrauch machen. Es werde der übermäßigen Einfluß einzelner Kräfte auf dem handelspolitisch jeweils geeigneten Wege eingeschränkt. Sie können nicht ganz klar, das stromschleudern der Arbeitsbeschaffung auf ein geringes Maß und Freiern von Braun in den zweijährigen „Rolle“ abgelehnt werden ist. Man darf wohl auf diesen Sätzen eine Bestätigung des Bezichts auf Kontingente für landwirtschaftliche Produkte und die Zulassung herauslesen, daß die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft sich nicht nur auf die industriellen Export auswirken werden, den der Kanzler unter Abmilderung des Gebaltsens an Quarante als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Arbeitsbeschaffung ansieht.

Schleichers Programmklärung ist überwiegend innerpolitisch. Auf den politischen Hintergrund ist auf einige kommentierende Sätze zu den vorherigen Verhandlungen, durch die wir einen großen Schritt vorwärts gemacht haben. Die Reichsregierung werden in ruhiger Geduld und stetig

Paul-Boncour oder Daladier?

Das unbeliebte Ministerpräsidium

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
PARIS, 15. DEZEMBER

Die Suche nach einem neuen Ministerpräsidenten geht weiter. Paul-Boncour wird bei der bürgerlichen Linken, namentlich bei den kleineren Gruppen, noch immer von vielen für den geeigneten Mann gehalten. Dagegen scheint es zweifelhaft, ob die Sozialisten ein Kabinett Paul-Boncour tolerieren würden. Paul-Boncour hat sich zwar ohne Stach im vorigen Jahr von der sozialistischen Partei getrennt. Aber wie immer bei solchen Austritten aus einer Parteiorganisation blieben manche persönlichen Bestimmungen zurück. Paul-Boncour wäre wohl gern bereit, das Arbeitsministerium mit dem Außenministerium zu vertauschen. Es ist kein Geheimnis, daß es seit Jahren sein beständiger Wunsch ist, nicht nur in Genf, sondern auch am Danubius der Arbeit zu machen. Aber ob er dieses Ziel bei der jetzigen Regierungserklärung erreichen wird, ist noch ungewiß.

Nächst Paul-Boncour scheint der Arbeitsminister Daladier die größten Chancen zu haben. Daladier wird eher dem linken Flügel der Radikalen, wenn auch keineswegs den extremen „Aungütern“, zugeordnet. Er hat sich bisher vorwiegend mit innerpolitischen Fragen beschäftigt, so daß in einem Kabinett Daladier wohl wieder die Frage des Außenministeriums aufstehen würde.

In den Kreisen der Mitte und auf der Rechten spielt man auch diesmal wieder mit dem Gedanken eines „neutralen“ Kabinetts der republikanischen Einheit, das für eine Übergangszeit bis zur Beilegung des Schuldenkonflikts mit Amerika und während der schwierigeren Phasen der Clausverhandlungen die Regierungsgeschäfte führen soll. Die ersten Befürwortungen im Hinblick haben aber ergeben, daß bei den Gruppen, die in der

Kammer die Schlüsselstellung halten, also namentlich bei den Radikalen, für solch eine Notlösung einzuweisen gar keine Stimmung besteht.

Im fährden Wirtschaftskreisen, die mehr zur Rechten neigen, hat man sich auch schon damit abgefunden, daß es jetzt wohl eher einen kleinen Schritt nach links gehen wird. Die Sozialisten sind dem Eintritt in die Regierung nicht prinzipiell abgeneigt. Für den Fall, daß die Sozialistische Partei zur Teilnahme an der Regierung aufgefordert wird, soll aber vorher noch der „Nationalrat“, d. h. ein kleinerer Parteitag abgehalten werden.

Der Aufmarsch bei Vebrun

Der Präsident der Republik Vebrun hatte nachmittags zuerst die Abgeordneten Franklin D. Roosevelt und Wendell Willkie und den Senator C. V. Young an ihre Residenz besuchte. Er ist als Erster den geschäftsführenden Ministerpräsidenten Herriot ins Elisee rief und in einer fast einstündigen Unterredung verlorste, ihn zur Wiederübernahme des Ministerpräsidentens zu überreden. Herriot teilte mit folgender Erklärung ab: Er könne die Ehre des Staatspräsidenten, ihn mit der Neubildung der Regierung zu beauftragen, aus dienstlichen Gründen nicht annehmen, denen er treten bleiben möchte. Auf seine er als ab, bezieht er beim Verlassen des Saales, in irgendein anderes Kabinett einzutreten.

Um 6 Uhr bot dann der Präsident dem bisherigen Innenminister Camille Chauviemps die Kabinettabbildung an. Chauviemps übernahm den Auftrag unter der Bedingung, daß Herriot das Außenministerium leite. Als Herriot die Bitte seinem jungen Parteifreund abgab, eilte Chauviemps sofort zu Vebrun zurück, um den Auftrag zur Kabinettabbildung zurückzugeben.